



Mag. Johannes Pasquali
BMF Kommunikation

Johannesgasse 5
1010 Wien

DVR: 0000078

An die
Kammer für Arbeiter und Angestellte für
Tirol
Maximilianstrasse 7, Postfach 243
6010 Innsbruck

GZ. BMF-240101/2399-I/8/2014

Wien, 27. Juni 2014

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Direktor!

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 19. Mai 2014 und Ihre offenen Worte an Herrn Vizekanzler und Finanzminister Dr. Michael Spindelegger, der mich gebeten hat, Ihnen zu antworten.

Sachliche Kritik und konstruktive Anregungen sind wichtig und werden von uns sehr ernst genommen. Wir haben von dem bei der 165. Vollversammlung der AK Tirol am 16. Mai 2014 beschlossenen Antrag betreffend die Hypo Alpe Adria Kenntnis erlangt und dürfen Ihnen im Folgenden unsere Intentionen näher erläutern:

Wie Sie den laufenden Medienberichten entnehmen konnten, hat die österreichische Bundesregierung mit Hochdruck an einer schnellen und realisierbaren Lösung des Falls Hypo Alpe Adria gearbeitet. Seien Sie gewiss: Bei der Prüfung aller in Frage kommenden Möglichkeiten war unser oberstes Ziel stets, den Schaden für die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler so gering wie möglich zu halten.

Die Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria im Dezember 2009 war leider unumgänglich, um einen noch größeren Schaden vom Wirtschaftsstandort Österreich abzuwenden. Ein Nichteingreifen des Staates hätte zu einer unmittelbaren Destabilisierung des gesamten

Finanzmarktes, zu einem Schlagendwerden von Landeshaftungen in Milliardenhöhe und im schlimmsten Fall zu einem Bank Run geführt.

Die Ursachen für die Notwendigkeit eines entschlossenen Eingreifens des Staates sind auf die hohen Ausfallhaftungen zurückzuführen, die bis einschließlich 2007 das Land Kärnten der Hypo Alpe Adria gewährt hatte. Zum damaligen Zeitpunkt betrugen die Ausfallhaftungen für die Hypo Alpe Adria über 24 Milliarden Euro, zum Zeitpunkt der Verstaatlichung 20 Milliarden Euro und überstiegen das Kärntner Landesbudget um das Zehnfache.

Eine Insolvenz der Bank hätte sofort zum Schlagendwerden der Ausfallhaftung geführt. Wie sie an den obigen Zahlen sehen, hätte das Land Kärnten diese Last niemals schultern können.

Aus diesem Grund haben wir uns gegen eine Insolvenz der Bank entschieden und die von den Experten der Hypo-Task Force empfohlene Variante einer Abbaugesellschaft gewählt. Die Südosteuropa-Töchter werden so rasch wie möglich verkauft. Der Rest der Hypo Alpe Adria wird in eine deregulierte, privatrechtlich organisierte Gesellschaft übergeführt und wertmaximierend abgewickelt.

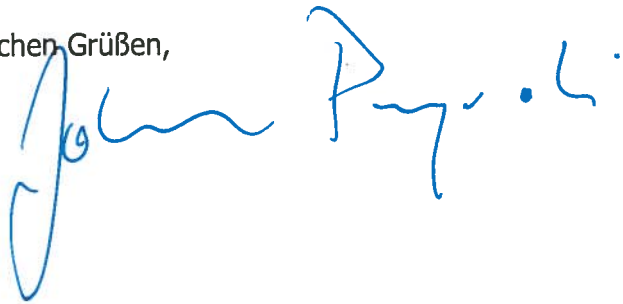
Darüber hinaus ist uns besonders wichtig, aus dem Fehlverhalten der Bank und der Kärntner Landespolitik Konsequenzen zu ziehen. Wir sind uns alle einig: So etwas darf nie wieder passieren. Klar ist, wir müssen einen stabilen Rahmen für die Finanzpolitik der Republik, also für Bund und Länder, schaffen.

Zukünftig wird nie wieder ein Bundesland in Österreich Haftungen in dieser Größenordnung eingehen können. Dazu brauchen wir einheitliche Standards in der Rechnungslegung für Bund und Länder – Transparenz steht hier an oberster Stelle. Darüber hinaus haben, neben einem Spekulationsverbot für alle Länder, ambitionierte Budgetkonsolidierungsziele auf Bundes- und Länderebene höchste Priorität.

Deren Einhaltung muss mit geeigneten Sanktionen überwacht werden. Noch in diesem Jahr werden wir diesbezüglich ein umfassendes Gesetzespaket vorlegen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit diesen Informationen behilflich sein.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'John P. ...' with a period at the end. The signature is fluid and cursive.